

stift, und zwar
Dr. v. Viebahn

en der heutigen
s biblisch-evan-
o in das Wesen
ckichtigung der
eparationskritik
der Geschichte
bewegung (inter-
der Sozialver-
eitet. Daneben
om überpartei-

em gewohnten
n und sachlichen
Erwerbslosen-
arbeit geschieht
beitung in Aus-
Redeübungen.
annesstiftes im
sse Arbeitskon-
ung erfolgt im

eiter im Alter
die sich schon in
und Arbeiter-
haben.

angelisch-sozia-

Bon Kaufhand-
ext der Schrift
neuen Calwer
r zweite Band
ist auch sonst
Telle.

isch
chl. Porlo und

v. Haas

tzen

Alpengras

elefeld

end: Turnen.
re Abteilung,
Jeden Abend
e Mitglieder.

Ephrata".

och, 11. Nov.,
missionsnähe
Trittelviß.
polen an der
Ophir.

el.

. November,
s Gofen eine
n und laden

stalt Bethel.

eltpolitika:
in Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich jeckmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.50 Beleggebühr beim eigenen Postamt bestellbar. — Für
Ausland unter Streifenband 1.25 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfach 100 Hannover 87 877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Blattmeterzelle oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Bsp. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
100 Hannover 87 877.

Nr. 264.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 11. November 1931.

13. Jahrgang.

**Muß ich ihn wandeln, den nächsten Weg? Mir graut,
ich bekenn' es!**

**Wandeln will ich ihn doch, führt er zu Wahrheit und
Recht.**

Akademische Lehrfreiheit und studentische Meinungsfreiheit.

Bemerkungen zum Fall Dehn.

Die Sache in Halle hat sich wohl inzwischen so weit
entwickelt, daß wieder größere Ruhe eingetreten ist. Wir
bringen aber doch den uns am Sonnabend zugegangenen
Artikel jetzt noch.

Nachdem vor 14 Tagen etwa die L.U. die Nachricht
verbreitete, daß der Vorstand des Ferienausschusses der
Studentenschaft der Universität Halle den Beschluß gefaßt
habe, einen Aufruf zum Verlassen der Universität Halle
ergehen zu lassen, haben die neuesten Konflikte an der
Universität Halle das berechtigte Aufsehen, den dieser Be-
schluß in akademischen Kreisen erregte, weit über die
Kreise der Akademiker hinaus getragen.

Die Vorgänge in Halle rufen unwillkürlich die Er-
innerung an das Votum nach, das am 26. Januar d. J.
die Heidelberger Theologische Fakultät zur ersten Verur-
teilung Dehns nach Heidelberg an den Senat der Universität
und das Kultusministerium sandten. Hier heißt es u. a.,
es bestehe die „Gefahr, daß Dehn gerade im hiesigen Amt
als Professor in unabsehbare Schwierigkeiten verwickelt
wird und daß daraus der Fakultät und der gesamten Uni-
versität der größte Schaden erwächst“. Diese Schwierig-
keiten sind nun in Halle, nachdem D. Dehn schon geraume
Zeit als vorläufig beurlaubter Professor der Universität
angehört, in ungeahntem Maße eingetreten. Um die
Gründe des ganzen aufsehenerregenden Falles verstehen
und objektiv beurteilen zu können, muß man sich in
Kürze die Vorgeschichte dieser mannigfachen Verwick-
lungen vergegenwärtigen.

D. Dehn hat am 9. November 1928 in der Magdeburger
Ulrichskirche einen Vortrag über die Stellung des Chris-
ten zum Kriege gehalten, der — das zeigt schon der Ort
des Vortrages — nicht als politischer Akt, sondern als
theologische Besinnung auf die wichtige Frage gedacht
war. Dieser Vortrag ist im Verlaufe des Konfliktes zu
Anfang dieses Jahres in der „Christlichen Welt“ voll-
ständig erschienen. Er zeigt, daß Dehns Anliegen das
war, den Krieg aus der Sphäre der „Heiligkeit“ zu neh-
men und in die profane Kategorie alles Weltgeschehens
zu rücken. Dehn warnt vor Ideologien und ruft zur
Mühsamkeit persönlicher Verantwortung auf. Er kommt
von diesem religiös fundierten Standpunkt aus in der
Frage der Kriegsdienstverweigerung zu dem
Urteil, daß sie zwar nicht grundsätzlich zu fordern, im
Einzelfall aber „um Gott mehr zu dienen als den Men-
schen“ möglich sei. Er wehrt sich in diesem Vortrag
gegen eine Parallelisierung des Kriegsoffiziers mit
dem christlichen Opfer, etwa dem Märtyrer, weil der Sol-
dat als solcher, der töten wollte, den Tod gefunden habe.
Er berührt endlich die Frage der Gedenktage in
den Kirchen, indem er zu bedenken gibt, ob
solche Ehrungen nicht besser auf dem profanen Gebiet der
bürgerlichen Gemeinde erfolgen.

Es ist deutlich, daß diese Ausführungen sehr leicht miß-
verstanden werden konnten, weil hier das politische Ge-
biet nur in fließender Grenze vom Religiösen gescheiden
ist. Deutlich ist auch, daß die Formulierung des Soldaten
als einer, der töten wollte und dabei den Tod fand, reichlich
unglücklich ist. Freilich hat D. Dehn schon in diesem Vor-
trage selbst pazifistische Tendenzen in politischem Sinne
sehr deutlich abgewiesen und den ganzen Fragenkomplex
nur als Wissensfrage aufzeichnen wollen. — Diese Miß-
verständnisse tauchten denn auch unmittelbar nach dem
Vortrag auf und führten zu einer Eingabe von Zuhörern
an das Brandenburgische Konsistorium, in der Dehn vor-
geworfen wurde, er habe den Ausdruck „Mörder“ für
Frontsoldaten gebraucht, zur Kriegsdienstverweigerung
ausgerufen und in einem Privatgespräch die Kriegsschuld-
frage als „Phrase“ bezeichnet. Dehn bestritt das; aber
eidliche Aussage standen gegen eidliche Aussage. So
fiel das Konsistorium am 22. Juli 1929 den Spruch,
Dehn habe „bedauerliche Mißverständnisse durch offenbar
zu scharfe Formulierung“ hervorgerufen. Die „Kreuz-
zeitung“ hat später auf Grund dieses Entscheides Beschul-
digungen gegen Dehn, die in dieser Richtung gingen, voll
zurückgenommen.

Als Dehn am Ende des vergangenen Jahres zwei Rufe
auf praktisch-theologische Lehrstühle nach Halle und nach
Heidelberg erhielt, und bereits die Heidelberger Verur-

teilung angenommen hatte, brachten die „Eisernen Blätter“
die ganze Angelegenheit wieder in Erinnerung. Im
Verlaufe der erregten öffentlichen Protestaktionen glaubte
sich deshalb die Heidelberger Fakultät zu dem oben zi-
tierten Votum veranlaßt sehen zu müssen und „unbe-
schadet der Vertrauenswürdigkeit des Herrn D. Dehn“
seine Eignung für das Lehramt verneinen zu müssen.
Dehn kam damals Weiterungen zuvor und verzichtete
auf den Heidelberger Lehrstuhl und nahm die Berufung
des Ministers Grimme zum Nachfolger des emeritierten
Geheimrats Prof. Dr. Eger an.

Wie nun die Begründung des Beschlusses der Halle-
schen Studentenschaft zeigt, liegen dem Vorgehen der
Studenten dieselben Anschuldigungen zugrunde, zu denen
vor zwei Jahren das Brandenburgische Konsistorium Stel-
lung nahm. Man glaubt einen zweiten Fall Gumbel
bekämpfen zu müssen. Professor Dehn hat im März d. J.
und öfter förmlich gegen solche Beschuldigungen Stellung
genommen und betont, er glaube an „ein Recht des gewiß nicht
heiligen, aber um der Sünde willen notwendigen Krieges“,
er sei kein Pazifist, propagiere nicht die Dienstverweige-
rung und halte die Kriegsschuldfrage durchaus nicht für
eine Phrase. Jeder, der Professor Dehn kennt (das zeigt
auch eine Denkschrift, die in diesen Tagen von einer
Reihe theologisch und politisch verschiedenen eingestellter
Dozenten dem Kultusministerium eingereicht wurde) wird
Dehns Beteuerungen ohne weiteres Vertrauen schenken.
Daselbst Vertrauen hat ihm auch die Hallenser Akade-
mische Behörde zugebilligt, die sich in einer Erklärung
vor einiger Zeit hinter Dehn gestellt hat. Diese Erklärung
ist in mehr als einer Beziehung bemerkenswert. In ihr
werden die Anschuldigungen gegen D. Dehn als „Zerr-
bild, das zum Teil auf mangelhafter Kenntnis des Tat-
sachenmaterials beruht, zum Teil auf der Verwendung der
Aussagen, die aus dem Zusammenhang herausgerissen
und vielfach noch dazu entstellt sind“ bezeichnet. Die noble
Haltung der akademischen Behörde verdient besonders des-
wegen Beachtung, weil D. Dehn ja bekanntlich gegen
den Willen der Universität vom Minister nach
Halle gerufen wurde: „Herr Dehn ist heute als Professor
Mitglied unseres Lehrkörpers, und den akademischen Be-
hörden erwächst daraus die selbstverständliche Pflicht, ihm
jeden Schutz angedeihen zu lassen, den seine Person und
das alte Grundprinzip der Deutschen Hochschulen, die
Freiheit der Lehre und Forschung, beanspruchen können.“
Es ist bedeutsam, daß die akademische Behörde in diesem
Zusammenhang grundsätzlich die Möglichkeit eines Vor-
gehens gegen einen Dozenten, wie das gegen D. Dehn
geplante, zugibt; sie tut es aber nicht ohne die Notwendig-
keit solcher ultima ratio durch den verantwortungsbe-
wussten Hinweis auf die ehrwürdige Tradition des aka-
demischen Ethos zu begründen. Man wird zugeben
müssen, daß nur in der Linie der Erklärung von Rektor
und Senat der Universität Halle die beiden berechtigten
Anliegen der akademischen Lehrfreiheit und der studen-
tischen Meinungsfreiheit ihre sinnvolle Einheit bewahren.

Daß es trotz dieser Erklärung der akademischen Be-
hörde zu den verhängnisvollen Tumulten an der Hallenser
Universität kommen konnte, mag den Fernerstehenden
zunächst befremdlich erscheinen. Wenn man aber bedenkt,
daß die Erbitterung der Studentenschaft im Grunde gar
nicht so sehr der Person des Professor Dehn gilt, sondern
dem System, das sich in letzter Zeit in verschiedenen
Berufungen des Kultusministers deutlich geworden ist,
der seine Parteifreunde zum Teil gegen den Willen der
Fakultäten in die akademischen Laufbahnen gebracht hat,
so wird die Erregung der akademischen Kreise (und wahr-
lich nicht nur der Studentenschaft!) wohl verständlich. Es
liegt eine gewisse Tragik darin, daß gerade Professor
Dehn das Opfer dieser Erregung geworden ist. Hinzu
kommt, daß das Ungeklärte der Entscheidung des Kon-
sistoriums aus dem Jahre 1929 es zu einer wirklich sach-
lichen Klarstellung des Tatbestandes schwer kommen
lassen wird. Endlich auch das, daß in manchen Kreisen
Dehn noch nach seiner früheren religiös-sozialistischen
Pfarrerwirksamkeit beurteilt wird. Nur so konnte es
dahin kommen, daß das Interesse der akademischen Lehr-
freiheit in so schroffen und wie es bisher scheint unüber-
brückbaren Gegensatz zu dem der studentischen Meinungs-
freiheit getreten ist.

A. B. M.

Der Schlußstrich in Prozeß George Grosz.

epd. Das Verfahren gegen George Grosz, jenen
kommunistischen Maler, der Christus am Kreuz, mit Gas-
maske und Soldatenstiefeln angetan, zeichnete und dar-
unter die Worte schrieb: „Maul halten und weiterdienen!“,
ist nach dreijährigem Hin und Her zwischen den verschie-
denen gerichtlichen Instanzen zum Abschluß gekommen.
Das Reichsgericht hat die nochmalige Revision der Staats-

anwaltschaft gegen den Freispruch des Berliner Land-
gerichts abgewiesen und damit den Freispruch bestätigt.
Jedoch müssen die noch vorhandenen Bilder unbrauchbar
gemacht werden. Die Begründung führt u. a. aus, daß die
Angeklagten nur an die von ihnen gewollte, nicht straf-
bare Wirkung der Darstellung (Kampf gegen den Krieg.
Die Red.), nicht aber an andere mögliche Deutungen
(Beschimpfung der Person Christi usw.) gedacht hatten;
das Bewußtsein, die Angehörigen der christlichen Kirche
durch die rohe Form der Darstellung zu verletzen, habe
ihnen gefehlt.

Wir können, wie schon in früheren Stadien des Falles,
nur noch einmal hervorheben, daß es bei Bildern dieser
Art, wenn der Schutz des religiösen Empfindens nicht
zur Farce werden soll, nicht allein darauf ankommt, was
ein Künstler sich gedacht oder gewollt hat, sondern vor
allem darauf, wie sein Bild in den Volksschichten, deren
Empfindungen § 166 St. G. B. schützen soll, wirkt. Und
dabei, daß der Christus mit der Gasmaske von vielen
als Verleugung eines Heiligtums empfunden wurde,
dürfte sich auch der oberste Gerichtshof nicht im Unklaren
gewesen sein. Mag der Maler selbst von keinen Haf-
gefühlen gegen die christliche Religion geleitet gewesen
sein, so hat sein Verleger, der Kommunist Herzfelde, um
so offener ausgesprochen, daß es ihm darum zu tun ge-
wesen sei, Kirche und Christentum mit der Waffe
des Bildes zu bekämpfen. Und daß die Zeichnung
auf der kommunistischen Antikirkenausstellung (Jfa) in
Berlin im Frühjahr vergangenen Jahres ihren Platz ge-
funden hat, bis sie polizeilich beschlagnahmt wurde, ist
doch gewiß auch kein Zufall. Eine Ermüdung dieser
ausgesprochen religions- und kirchenfeindlichen Kreise
ist es, die wir als Folge des freisprechenden Urteils be-
fürchten. Die Unbrauchbarmachung der noch vorhan-
denen Bilder, so begrüßenswert sie ist, dürfte daran nicht
allzuviel ändern.

Durchsichtige Manöver!

In der Tagespresse beschäftigt man sich augenblicklich
sehr stark mit dem Verhältnis des Zentrums bzw. der
Gewerkschaften zu Hitler. In diesen Auseinandersetzun-
gen sind in der Hauptsache beteiligt: das bekannte Zen-
trumsblatt „Die Germania“, das Organ der Christlichen
Gewerkschaften „Der Deutsche“ und das Organ des
Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Es han-
delt sich um eine nicht schlecht angelegte Aktion, die
scheinbar von dem Zentrum in Szene gesetzt ist. In
nationalen Kreisen hat man jedoch den Eindruck, als
ob diese ganzen Auseinandersetzungen nur dazu dienen
sollen: Uneinigkeit in den Reihen der Opposition zu
stiften. Man hat sehr geschickt bei den nicht abzuleug-
nenden Gegensätzen zwischen den Deutschnationalen und
den Anhängern Hitlers eingehakt und versucht, aus diesen
Gegensätzen eine unüberbrückbare Kluft zu schaffen.
Ganz offen riet man den Nationalsozialisten an, sich über
den Kopf Hugenberg hinweg mit dem Zentrum zu einer
Einheitsfront zusammenzuschließen. Hinter Hugenberg
stände das alte Deutschland und dieses alte Deutschland
dürfe man nicht zur Geltung kommen lassen.

Wenn man auch zunächst von nationalsozialistischer
Seite auf die Anpassungen eingegangen ist, so mag doch
dieses Eingehen nur auf taktische Erwägungen zurückzu-
führen sein. Man wird auch von nationaler Seite dem
Zentrum den Weg zur Annäherung nach rechts nicht ver-
bauen wollen, und so muß dieser erste Versuch des Zen-
trums, mit den Nationalsozialisten zu einer Aussprache
zu kommen, als ein Vorführer gemertet werden.

Das Zentrum wird sich keinen Augenblick darüber im
Zweifel sein, daß die kommenden Präfekturwahlen einen
nicht zu hemmenden Rechtsruck bringen und so oder so
muß sich das Zentrum doch mit der nationalen Oppo-
sition an einen Tisch setzen, da der Rückhalt, den das
Zentrum an der Sozialdemokratie hat, im Frühjahr zer-
brochen sein wird. Daß man nun vorher noch den Ver-
such macht, einen Keil in die nationale Opposition hinein-
zutreiben, war zu erwarten, denn dafür sind die Zen-
trumspolitiker doch viel zu gerissene Diplomaten, als
daß sie tatenlos die Dinge sich entwickeln ließen.

Das Zentrum hat den starken Machtwillen Hitlers so
eingeschätzt, daß es Hitler die Möglichkeit, die vielleicht
etwas unbequeme Tatkraftigkeit Hugenberg auszu-
schalten zu können, als verlockenden Köder zum Anbiss hinhielt.
Steht hinter dem Angebot des Zentrums im Hintergrund
der der nationalsozialistischen Bewegung noch vorenthal-
tene Segen der katholischen Kirche, so ist erst dann die
ganze Tragweite dieser Aktion erkannt. Die Mehrzahl
der maßgebenden Männer um Hitler sind katholisch und
sie wollen gute Katholiken sein und bleiben. Man kann

411 Städt. Bibliothek

S 839

es gut verstehen, daß ihnen die Ausöhnung mit der Kirche doch am Herzen liegt.

Ohne Zweifel wäre der Erfolg der so sehr geschickt eingefädelten Bemühungen die Zerschlagung der nationalen Oppositionsfront gewesen. Die Partei Hitlers wäre sofort zerfallen worden, denn gerade der evangelische Volksteil in dieser Partei hätte die Einschwenkung in die Front der Mitte nicht mitgemacht. Ein Gelingen des zentrierten Anschlages hätte das Zentrum weiterhin als den Beherrscher der Lage gesehen und das hätte dem Zentrum so passen können.

Das Zentrum ist durchsicht und das Zentrum seinerseits hat die Taktik der Nationalsozialisten ebenfalls erkannt. So wird nun der Ton in den abschließenden Auseinandersetzungen recht unliebenswürdig, ja fast kriegerisch auf den bisher üblichen Ton zurückgestimmt. Die Nationalsozialisten reden wieder von dem Staatsgerichtshof für die Novemberverbrecher und der Zentrumsführer Seß betont: das Zentrum denke nicht daran, sich das durch und durch widersprüchliche Konglomerat, das heute im Nationalsozialismus zusammengeballt ist, zum Koalitionspartner auszusuchen. Trotzdem werden die Verhandlungsfäden sich immer mehr hin und herspinnen, aber das Zentrum soll wissen, daß nur in aufrichtiger und gerader Weise mit den nationalen Parteien unterhandelt werden kann.

bleibt die nationale Front in sich einig und geschlossen, dann und nur dann wird das Zentrum erfolgreich in Schach gehalten. Die Uneinigkeit der nationalen Parteien aber ist der Triumph des Zentrums. Th.

Einer diene dem andern.

Eine Anregung zur Arbeitslosenfrage.

Seit einiger Zeit wird bei uns in Nürnberg von den Erwerbslosen selbst der Versuch einer Selbsthilfe unternommen. Der Gedanke liegt ja nahe. Die Arbeitslosen müssen sich gegenseitig helfen, sich als Schicksalsgemeinschaft zusammenschließen. Zunächst wird versucht, durch den Bezug im Großen verbilligte Bedarfsgegenstände zu erhalten. Die dazu nötigen Arbeiten, wie Ausladen, Transportarbeiten können die Erwerbslosen selbst ausführen. Soviel ich weiß, ist auch schon versucht worden, arbeitslose Handwerker für Arbeitslose ans Werk zu setzen und so zum Beispiel Schuhreparaturen zu verbilligen. Daß sich solche Arbeitslosenselbsthilfe mehr und mehr durchzusetzen beginnt, scheint die Gesundheit des Gedankens darzutun. Der Hinweis, daß die Arbeitslosen ja gar nicht arbeiten möchten, dürfte angesichts der heutigen Not nicht mehr stichhaltig sein, um so weniger, als heute auch die zur Entlassung kommen, die gleichsam zur Elite der Arbeitslosenschaft gehören und die die Firmen bis zuletzt zu halten versucht haben.

Schwierigkeiten stellen sich naturgemäß genug in den Weg. Eine dieser Schwierigkeiten liegt in dem gegenseitigen Mißtrauen, das jeden fürchten läßt, vielleicht mehr für den andern arbeiten zu müssen, als jener für ihn leistet. Auch das ist zu bedenken, daß die Menschen träge dazu geworden sind, zu suchen, was dem andern fehlt, womit sie ihm helfen können. Solange ein Mensch sich einbildet, nur eben in seinem eigenen Berufskreis zur Arbeit für den andern verpflichtet zu sein, wird es zu einem gegenseitigen Helfen und Dienen nicht kommen. Vielleicht wird auch das Schwierigkeiten hervorrufen, daß die Arbeit freiwillig ist und nicht der Zwang, den Vor-

gesetzte in einer Firma ausüben können, die Zucht aufrecht erhält.

Aber alles das müßte überwunden werden können von christlichem Geist. Darum möchte ich glauben, daß gerade die christlichen Kreise berufen sind, den Gedanken der gegenseitigen Hilfe unter den erwerbslos Gewordenen durchzuführen. Der Dienst am andern, ist das nicht gerade die rechte Erweisung christlichen Geistes? Die Fähigkeit, dienen zu können, auch ohne gleich zu rechnen um den Gegendienst, das liebevolle Eingehen auf die Nöte des Bruders — wo sollte denn das zu finden sein, wenn nicht in den christlichen Gemeinden?

Wo soll aber in der Praxis solche gegenseitige Hilfe angreifen, und was kann sie nützen? Ich will Beispiele anführen: Wo die zu äußerster Sparsamkeit gezwungene Frau und Mutter von früh bis spät im Hause arbeitet, wo der Mann irgendwo, vielleicht auch gerade im gegenseitigen Dienst der Arbeitslosen sich Beschäftigung sucht, da sind die Kinder sich selbst überlassen. Sollten sich unter den arbeitslosen jungen Mädchen nicht manche bereit finden, Kinder zu beaufsichtigen, mit ihnen auszugehen und zu spielen? Der eines Handwerks kundige Mann wird bald Gelegenheit finden, andern behilflich zu sein, sei es, seine Kleidung auszubessern, sei es in der Wohnung Schäden zu heilen. Die notwendigen Geldmittel für Materialien, etwa Leder und dergl., müßten als freiwillige Steuer von denen aufgebracht werden, die selbst noch Verdienst haben. Auch kann, wie es wohl schon in den vorhandenen Organisationen geschieht, von den Arbeitslosen selbst durch geringe Beiträge eine Kasse gespeist werden, die solche Anschaffungen decken kann. Der ungelernete Arbeiter aber könnte Holz für Brennmaterial fällen, wozu gegen geringes Entgelt die Forstverwaltung wohl ihre Einwilligung gibt — gerade hier in Nürnberg wird das schon durchgeführt —, könnte vielleicht auch Lebensmitteltransporte vom Lande hereinholen. Ja, vielleicht wäre es sogar möglich, daß diese oder jene Firma ihre Werkstätte zur Verfügung stellte, damit Bedarfsgegenstände, zu deren Anfertigung Maschinen gehören, von Arbeitslosen für Arbeitslose hergestellt werden. Auch intellektuelle Erwerbslose könnten durch Unterricht, Vorträge und dergl. Beschäftigung finden.

*Es ist noch lange
nicht alles Malzkaffee,
was so aussieht!*

... oft ist es nichts anderes als
Gerste — rohe Gerste, die einfach
gebrannt ist.

Verlangen Sie Kathreiner!
Dann haben Sie richtigen Malz-
kaffee — und zwar den feinsten, den
es überhaupt gibt...

Die Heilige des Hessenlandes.

M. Weber.

(Fortsetzung.)

Das vierjährige Königskind aus dem Ungarnland mit diesem doppelten Erbe der Mutter kam nun an den Hof des Landgrafen Hermann von Thüringen, der in der Geschichte der Gelehrte heißt. Dazumal galten die Landgrafen von Thüringen als reiche, mächtige Fürsten, um deren Gunst auch die Kaiser buhlten. Ihr Schloß, die Wartburg, war Brennpunkt rauschenden, höfischen Lebens. Die größten Sänger und Dichter sammelten sich hier, Gelehrte gingen ein und aus, edle Herren und Fürsten waren gern gesehene Gäste. Als schöne, stolze Landesmutter residierte hier neben ihrem Gemahl die Landgräfin Sophia, eine kluge, energische Frau, die mit klarem Auge und nüchternem Verstande das Leben und die Menschen ansah. In ihrer Hand lag zunächst die Erziehung der jugendlichen Schwiegertochter, denn als Braut des sieben Jahre älteren Landgrafen Ludwig war Elisabeth ja nach Deutschland gekommen. Daß es der Landgräfin erstes und eifrigstes Bestreben war, aus der kleinen Königs Tochter eine würdige Gemahlin ihres Sohnes zu machen, ist selbstverständlich. Mit ihrer eigenen Tochter Agnes, der späteren Markgräfin von Meißen, wurde Elisabeth erzogen. Schon damals zeigte sich etwas von der weltfremden, ganz anderen Art Elisabeths. Mitten aus fröhlichem Spiel konnte sie davon laufen, um die Säulen und Steine an der Kapelle zu küssen. Wenn sie nach der Sitte der Zeit reichgeschmückt, die Krone auf dem Haupte, mit den fürstlichen Frauen zur Kirche ging, dann nahm sie jedesmal den Kronreifen ab und legte ihn an den Stufen des Altars nieder. Sie wollte vor dem Herrn, der um ihrer Sünden willen eine Dornenkrone getragen hatte, nicht mit einer goldenen Krone erscheinen. Daß solches der Landgräfin Sophia unverständlich blieb, trotzdem auch sie nach den Begriffen ihrer Zeit eine fromme Frau war, ist wohl zu verstehen. Vielleicht ist ihr schon in jenen Jahren eine Ahnung gekommen von der Gefahr, in die Elisabeths absonderliche Reigungen das Familienleben ihres Sohnes einmal bringen konnten. Die jugendliche Elisabeth selbst muß schon als Kind unter dem rauschenden, glänzenden Hofleben gelitten haben. Sie sah den Unterschied zwischen ihrem eigenen, sorglosen Leben

und dem der Armen, die an die Tore der Wartburg kamen. Früh regte sich in ihr der Wunsch und die Sehnsucht, diesen Bettelnden zu helfen. Gar lieblich ist die Legende des Rosenwandlers in einer Fassung, in der nicht die junge Landgräfin als Hauptperson auftritt, sondern das Kind Elisabeth auf der Wartburg. Elisabeth hatte, so erzählt diese Legende, oftmals in der Küche und im Keller Fleisch und andere Speisen gestohlen, um sie den Bettlern am Tore zu geben. Die Köche und Diener hatten solches aber bemerkt und es dem Landgrafen Hermann gemeldet. Der stellte sich nun selbst auf die Lauer, um seine kleine Schwiegertochter abzufangen. Wirklich traf er sie, wie sie aus der Küche heraufkam und in ihrem Mantel etwas versteckte. „Zeig her, was du da trägst, liebes Kind“, sagte er. Elisabeth schlug den Mantel auseinander und siehe, es lagen duftende, blühende Rosen darin. Der Landgraf merkte daran, daß dem Herrn das Tun seiner kleinen Schwiegertochter angenehm war und befahl, sie künftig bei solchem nicht zu stören oder zu kränken.

Und doch war das kindliche Mädchen in jenen Jahren auf der Wartburg noch keineswegs die Heilige, die der Welt und ihren Freuden abgekehrt ist. Gern schmückte sie sich mit ihren Gefährtinnen, gern war sie mit ihnen beim Spiel und Tanz fröhlich. Ganz besonders schön und anziehend an ihr ist die tiefe, reine Liebe zu dem jungen Landgrafen Ludwig, der ihr zum Gemahl bestimmt war. Mit der ganzen Inbrunst ihres Herzens liebte sie diesen jungen, ritterlichen Fürsten. Daß gerade er für sie zum Gemahl erkoren war, mußte von der größten Bedeutung für ihre Entwicklung sein. Der junge Landgraf Ludwig zeichnete sich durch Tugend und Ehrbarkeit vor seinen Zeitgenossen aus. Mannhaft wies er die Versuchungen, an dem oft so sittenlosen Treiben der Zeit teilzunehmen, ab. Mutig und unerschrocken trat er der Ungerechtigkeit entgegen, wenn es sein mußte mit dem Schwert in der Hand. Ganz groß und schön aber war die schlichte Treue, die er seiner jungen Braut durch Jahre hindurch hielt. Es mag nicht leicht für ihn gewesen sein, den Vorstellungen der Mutter zu widerstehen, die immer mehr zu der Ansicht kam, daß die Reigungen und Gewohnheiten Elisabeths sie eher für ein Leben hinter Klostermauern geeignet machten als für das Leben einer Fürstin auf der Wartburg. Ludwig aber hielt seiner Braut die Treue.

Was ist damit gewonnen? Vor allem eines: Das Bewußtsein gegenseitiger Verbundenheit, in der jeder für den andern eintritt, hilft über manche Not hinweg. Aber auch ganz konkret wird mancher Not abgeholfen werden können, manche Härte ausgeglichen werden können, wird der karge Besitz an Hausrat, Kleidung usw. nicht völlig erschliffen und bis zur Unbrauchbarkeit abgenutzt werden. Es werden sich vielleicht auch Wege finden, die weiter hinausführen zu einer größeren Freiheit und Unabhängigkeit von unserer eigengefesselt gebundenen Wirtschaft.

Ich bin seit langem in der Industrie tätig, auch heute noch, ohne gekündet zu sein. Ich weiß, wie es bestellt ist mit dem Gedanken des Dienstes in der Industrie. All unsere Arbeit sollte doch nütze sein zum Dienst am andern. Die Industrie weiß neuerdings etwas vom „Dienst am Kunden“. Aber das Wort Dienst ist hier nur ein Stück Reklame, ein Geschäftstrieb. Der Geist ist der des Verdienens, nicht der des Dienens. Wenn die Not der Gegenwart durch den Versuch der Selbsthilfe dazu beitragen würde, wieder das Bewußtsein zu wecken, daß jeder dem andern dienen soll — dann wüßte uns aus der Not sichtbar der Segen.

Ich gebe zu, daß dieser Vorschlag noch gründlich durchdacht werden muß. Gerade dazu sei er einem größeren Kreise unterbreitet. Um etwa einmal weitere Kreise dafür zu gewinnen, müßte wohl das Unternehmen werden, was der Geschäftsmann einen Propagandafeldzug nennt.

Wir wissen nicht, welche Zeiten uns bevorstehen, und wehe der Christenheit, die nicht alles getan hat, was sie ihrer Aufgabe, ihrem Wesen nach vor Gott und der Menschheit schuldig ist. Wenn es gelänge, ein Heer einander dienender Menschen in der Christenheit zu sammeln, dann hätte die Christenheit wirklich eine Aufgabe in der Welt erfüllt, die nur sie erfüllen kann, und ein Zeugnis abgelegt für ihren Herrn. ... e.

Evangelischer Volksdienst.

Nachdem der Vorsitzende des Evangelischen Volksdienstes von Westfalen, Herr Pastor H. A. Schmidt-Bochum in Ummeln, Bielefeld, Eilshausen und Eckardtshausen gut besuchte, zum Teil überfüllte Versammlungen abgehalten hatte, fand als Abschluß am Sonntag, den 1. November, in Herford eine Vertretertagung des Evangelischen Volksdienstes Westfalen-Ost statt. Auch diese war aus dem ganzen Bezirke stark besucht.

Herr Pastor H. A. Schmidt berichtete über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes, er zeigte die neue Linie dieser Bewegung in der Politik. Diese kennt keine Bindung nach rechts oder links, sondern wird allein bestimmt aus christlich reformatorischer Verantwortlichkeit und bleibt deshalb frei von billiger Phrasen und Populärphrasen.

Trotzdem diese neue Linie von der Mehrheit der evangelisch eingestellten Kreise noch nicht verstanden wird, bewies sich die starke Tragfähigkeit der Bewegung darin, daß die Vertreter die Haltung der Reichstagsabgeordneten voll billigten und anerkannten und nach wie vor uneingeschränktes Vertrauen zu der Fraktion und der Leitung des Evangelischen Volksdienstes bekundeten.

Dieses Bewußtsein, getragen zu werden von dem unbedingten Vertrauen, das nicht an wessensfremde Bedingungen und Bindungen geknüpft ist, wird die Fraktion und die Leitung des Evangelischen Volksdienstes stark machen, auf dem betretenen Wege fortzufahren.

Er hörte auch nicht auf die vielen bösen Einflüsterungen seiner Herren und Diener, denen Elisabeth in ihrer oft so unfürstlichen Demut und in dem heißen Drange, sich zu erniedrigen, nicht als die rechte Gemahlin für ihn erschien. Nach des Vaters Tode führte er sie als seine Gemahlin heim.

Es brachen nun für Elisabeth die schönsten Jahre ihres jungen Lebens an. Große, tiefe Liebe verband sie mit ihrem Gemahl. Gefeßt wurde die noch durch die innere Einstellung des jungen Landgrafen, dem man ein frommes, gottgefälliges Leben nachrühmt. So schien Elisabeths Lebensweg auf sonniger Höhe zu verlaufen, gerade und eben, schön und glücklich. Erhöht wurde das reiche Glück ihrer Ehe durch die Geburt dreier Kinder, eines Sohnes Hermann und zweier Töchter Sophia und Gertraude. Wie Elisabeth ihrem Mann eine überaus liebevolle Frau war, so war sie ihren Kindern die zärtlichste, treueste Mutter. Sie glücklich zu sehen, war ihr höchster Wunsch. Bezeichnend für sie aber ist auch hier die Sehnsucht, diese Kinder Gott zu weihen und darzubringen. Nur in Verbindung mit ihm sieht sie ja das Glück des Menschen. Darum trug sie jedesmal bald nach der Geburt eines Kindes dieses hinab nach Eisenach in die Kirche der Vorfürherbrüder, um es dort am Altar Gott darzubringen.

In jenen Zeiten rühmte man die Wartburg weit und breit im deutschen Lande und nicht gering war das Lob der „schönen Frau Landgräfin Elisabeth“, die dort in so großer Güte und Milde regierte.

Ganz anders wurde das, als Landgraf Ludwig das Kreuz nahm und ins heilige Land zog. Hatte Elisabeth bisher an ihm einen klugen Freund und nüchternen Berater, einen geduldrigen Führer und geschickten Begleiter gehabt, so stand sie jetzt auf einmal allein und hilflos allen Einflüssen des Lebens gegenüber. Mit dem Tode des Gemahls aber geht auch der letzte Inhalt für das Leben der noch jungen Frau verloren. „Tot, tot ist mir nun aller Welt Freude und Ehre“, rufte sie verzweifelt aus beim Empfang der Todesnachricht. Allen Tröstungen weiß sie nur immer wieder den Jammerruf entgegenzusetzen: „Ach mir armen, trostlosen Witwe, ach mir elenden Frau! Nun tröste mich der, der Witwen und Waisen mit seiner Gnade nicht verläßt.“

(Schluß folgt.)

Gegen den Kulturabbau in Preußen.

Auf einer Landestagung der Deutschnationalen Volkspartei für Westfalen-Ost und beide Lippe, die unter dem Vorsitz des Reichs- und Landtagsabg. Präses D. Koch-Oeynhausen in Bielefeld stattfand, wurde gegen die kulturellen Abbaumaßnahmen in Preußen nachdrücklich Stellung genommen. Folgende Entschliebung gelangte einstimmig zur Annahme:

„Der versammelte weitere Landesverband Westfalen-Ost und beide Lippe der Deutschnationalen Volkspartei sagt von neuem dem Regierungssystem in Preußen schärfsten Kampf an, dessen unerhörte Auswirkung sich in diesen Tagen wiederum darin zeigt, daß allein im Be-

zirk Minden als Opfer neupreußischer „Sparsamkeitspolitik“ 131 Pflanzstellen für evangelische Lehrer abgebaut werden, während nur 2 weltliche und keine katholische Pflanzstellen von dem Abbau betroffen sind. In voller Klarheit zeigt sich hier die schwere Verantwortung, welche alle diejenigen auf sich geladen haben, die der Aufrechterhaltung der Zentrumsdiktatur im Reich zugestimmt und damit mittelbar auch das Herrschaftssystem in Preußen von neuem unterbaut haben. Wer solche empörenden und unerträglichen Maßnahmen wie einen solchen Kulturabbau in Preußen vermeiden sehen will, muß sich der schärfsten Opposition, welche die Deutschnationale Volkspartei vertritt, anschließen. Auf zum Kampf gegen Unrecht und Gewalt, für Recht und Freiheit!“

Das Winter-Programm.

Zusammentritt der Unterausschüsse des Wirtschaftsbeirats. Vorbereitende Kabinettsitzung.

— Berlin, 10. November.

Nach dem Stillhalteauschuß nehmen im Verlaufe des heutigen Dienstags auch die übrigen beiden Unterausschüsse des Wirtschaftsbeirats ihre Arbeiten auf. Den Auftakt dieser neuen Verhandlungen bildete eine Sitzung des Reichstagsabg. Kommissionsrats, in der die von den zuständigen Ministerien ausgearbeiteten Entwürfe beraten wurden, die nunmehr den Ausschüssen des Wirtschaftsbeirats vorgelegt werden.

Die Sitzungen der beiden Ausschüsse sollen so gelegt werden, daß es ihren Mitgliedern möglich ist, auch bei dem Ausschuß zu hospitieren, dem sie nicht angehören. Die Arbeitsgebiete beider Kommissionen greifen so ineinander, daß eine solche Orientierungsmöglichkeit wünschenswert erscheint. Deshalb wird der Ausschuß I (für Produktionskosten und Preise), der unter dem Vorsitz des Kanzlers oder des Reichsarbeitsministers tagt, vormittags um 10 Uhr zusammentreten, während die Eröffnungssitzung des Ausschusses II (für Kredit und Zins), dem Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsminister vorstehen, erst nachmittags um 4 Uhr beginnt.

Jeder der beiden Ausschüsse hat 12 Mitglieder. Der Ausschuß I setzt sich folgendermaßen zusammen: Von der Industrie: Geheimrat Ernst von Borsig, Generaldirektor Bögl und Fabrikdirektor Wittke-Dresden; von Arbeitnehmerseite: Gewerkschaftsführer Peter Graßmann (Freie Gewerkschaften), Bernhard Ditt (Christliche Gewerkschaften) und Max Rößiger (Hirsch-Dunker); von der Landwirtschaft: Präsident Dr. Brandes, ferner für den gewerblichen Mittelstand und andere Berufe: Maurer- und Zimmermeister Robert Groß-Königsberg, Kaufmann Dr. Grund-Breslau, Papierfabrikant Haindl-Augsburg, Kaufmann Körner-Berlin und Bademeister Pflugmacher-Magdeburg.

Die Mitglieder des Ausschusses II sind: Für die Arbeitnehmer: Otto Suhr (Alfa), Wilhelm Eggert (Freie Gewerkschaften) und Hegewald (Christliche Gewerkschaften); für die übrigen Berufsstände: Geheimrat Cuno von der Hapag, Kaufmann Dr. Dr. Handelsberger-Deflingen in Baden, Wagenbaumeister Hecker-Düsseldorf, die Gütsbether

Dr. Holmeier-Plenen und von Oppen-Danneilwalde, Direktor Pferdweges-Röln, Generaldirektor Dr. Schmitt (Allianz), Geheimrat Schmitz (A. G. Farben) und Dr. Silberberg-Röln.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die beiden Unterausschüsse in etwa acht Tagen zu bestimmten Vorschlägen kommen, die dann von der Reichsregierung dem Plenum des Wirtschaftsbeirats unterbreitet werden und danach bei der sogenannten großen Winter-Notverordnung Berücksichtigung finden. Als Termin für die Inkraftsetzung dieser Notverordnung, die die bisher zurückgestellten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen regeln soll, wird jetzt das letzte Drittel des laufenden Monats genannt.

Die Frage des Preisabbaues.

Einen wichtigen Beratungsgegenstand bildet im einzelnen noch die Frage der Senkung der Selbstkosten der deutschen Wirtschaft.

Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, es sei kein Geheimnis, daß die Reichsregierung auf eine fühlbare Senkung des Preisstandes hinarbeite. Der Reichstagsabg. habe erst kürzlich in seiner Rede vor dem Reichsausschuß der Zentrumsparität auf die Notwendigkeit einer Senkung der Selbstkosten im Interesse der deutschen Wettbewerbsfähigkeit hingewiesen und dabei betont, daß diese Senkung natürlich nicht nur von der Lohnseite aus herbeigeführt werden dürfe.

Im übrigen sei es Aufgabe des Wirtschaftsbeirats, über die Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles zu beraten. Welches Ausmaß der Preisentwertung erreicht werden könne, lasse sich im Augenblick noch nicht sagen, ebensowenig wie bereits heute Angaben über einen bestimmten Prozentsatz gemacht werden könnten.

Tatsache sei jedenfalls, daß in Auswirkung der Pfundentwertung die Preise auf den Weltmärkten etwa 20 Prozent niedriger sind als das deutsche Preisniveau. Da aber die Arbeiten des Wirtschaftsbeirats in dieser Hinsicht noch nicht einmal begonnen hätten, sei es verfrüht, wie es ein Berliner Blatt tue, schon jetzt einen 20prozentigen Preisabbau in Aussicht zu stellen.

nennenswerten, über das Maß der Hilfe im eigenen Haushalt hinausgehenden wirtschaftlichen Erfolg versprach. Man sah die Hauptvorteile in der Erleichterung der seelischen Versorgung der Erwerbslosen, in der wesentlichen Verringerung ihrer Haushaltskosten und in einer Entlastung der Gemeinden und Gemeindeverbände von ihren sozialen Leistungen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks lag eine Eingabe vor, in der ernste Bedenken gegen eine etwaige Ausschaltung des selbständigen Baugewerbes bei den Siedlungsarbeiten geltend gemacht wurden. Für die Gesamtwirtschaft sei es nutzbringender, möglichst viele Betriebe an der Herstellung solcher Bauten zu beteiligen. Notwendig sei ferner die Heranziehung von Vertretern des Bauhandwerks zur gütlichen Beratung des Reichswohnungsausschusses.

In seiner nächsten Sitzung am 1. Dezember wird sich der Ausschuß in der Hauptsache mit der landwirtschaftlichen Siedlung beschäftigen.

RPD. und Wehrmacht.

Seit Juli 26 Zettelfertiger auf freier Tat ertappt.

Das Reichswehrministerium teilt mit:

In den letzten Monaten hat die von kommunistischer Seite gegen die Wehrmacht gerichtete Zerkleinerungsaktivität außerordentlich an Umfang und Intensität zugenommen. Seit Mitte Juli dieses Jahres sind nicht weniger als 40 verschiedene kommunistische Zerkleinerungsschriften sowie zahlreiche Plakate und Zettel der gleichen Art in mehr als 200 Fällen in Tausenden von Exemplaren durch die Kommunisten in den Kasernen verbreitet oder einzelnen Soldaten zugestellt worden.

In allen Fällen wurde das Material den Vorgesetzten abgeliefert. Außerdem konnten 26 Zettelfertiger im gleichen Zeitraum von der Truppe auf freier Tat ertappt und der Bestrafung zugeführt werden. Ein Erfolg ist der kommunistischen Zerkleinerungsaktivität nach wie vor nicht beschieden gewesen. Die Zahl der Fälle, wo Soldaten einer Beeinflussung unterlagen, ist verschwindend gering. Die Truppe wird auch in Zukunft allen weiteren Zerkleinerungsversuchen mit größter Aufmerksamkeit und Energie entgegengetreten.

Zur energischen Abwehr der gesteigerten Zerkleinerungsaktivität der RPD. enthält bereits die Notverordnung vom 6. 10. 1931 erheblich verschärfte Strafbestimmungen. Vor dem Reichsgericht in Leipzig laufen zur Zeit zahlreiche Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Schlange-Schönungen bei Hindenburg.

— Berlin, 10. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den neuernannten Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsminister Schlange-Schönungen, zur Vereidigung. Hieran schloß sich ein Vortrag des neuen Reichskommissars über die Neuorganisation der Osthilfe und die nunmehr in Angriff zu nehmenden Arbeiten.

Neuer B33.-Unterausschuß.

Vom Verwaltungsrat eingesetzt. — Wiederaufnahmeentscheid am 14. Dezember.

— Basel, 10. November.

Der Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich hielt unter dem Vorsitz von Sir Charles Abdis-London seine 16. Sitzung ab. Der Präsident der B33., MacGarrah, nahm an den Verhandlungen nicht teil, da er noch in den Vereinigten Staaten weilte. Deutschland war durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Luthar vertreten. Beschlossen wurde, einen Unterausschuß einzusetzen, der mit der Leitung der Bank die bei den Einlage- und Bankgeschäften der B33. zu befolgenden Richtlinien besprechen soll. Dilem Ausschuß gehört als Vertreter der Reichsbank Geheimrat Oberfinanzrat Bode an. Ferner sind vertreten England durch Gouverneur Norman, Italien durch Professor Beneduce, Frankreich durch Farnier und Belgien durch Grand.

Hinsichtlich des Oesterreich zu gewährenden neuen Kredits in Höhe von 60 Millionen Schilling nahm der Verwaltungsrat den Bericht des Völkerbunds-Finanzschlichter Prof. Dr. Bruns zur Kenntnis, wonach bei dem augenblicklichen Stand der Finanzlage Oesterreichs die Gewährung eines solchen Kredits nicht dringlichen Charakter hat. Der Verwaltungsrat will das Ergebnis der von der österreichischen Regierung vorbereiteten Reform abwarten.

Aus dem weiteren Verlauf der Verwaltungsratsitzung ist zu entnehmen, daß Francis Rodd von seinem Posten als Direktor der B33. zurücktritt und daß zu seinem Nachfolger R. H. Porters ernannt worden ist. Schließlich erledigte der Verwaltungsrat, der am 14. Dezember wiederum in Basel zusammentreten wird, noch bankmäßige Angelegenheiten. Unter anderem nahm er zur Kenntnis das Einverständnis der Bank von England, der Bank von Frankreich und der Bundesreservebank von New York hinsichtlich ihrer Beilegungen an dem der Reichsbank gewährten Dreimonatskredit, dessen Erneuerung in der letzten Sitzung vorbehaltlich der Zustimmung dieser Banken beschlossen worden war.

„Wahlen“ in Südslawien.

Die deutsche Minderheit im neuen Parlament nur noch durch einen Abgeordneten vertreten!

— Belgrad, 10. November.

Nach Aufhebung der Königs-Diktatur in Südslawien wurde erstmals wieder ein Abgeordnetenhause gewählt. Die Wahlbeteiligung wird mit 85 Prozent angegeben. Da die Opposition an der Neuwahl nicht teilnahm, stand es von vornherein fest, daß die Regierungsliste alle Mandate bekommen würde.

Größtes Erstaunen muß aber die Tatsache hervorrufen, daß die deutsche Minderheit, der von der Regierung obneht nur sechs Bezirkskandidaturen zugelassen waren, nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen nur ein einziges Abgeordnetenmandat erhält. Gewählt ist nur der Führer der deutschen Minderheit, Dr. Kraft, während die in überwiegend deutschen Bezirken aufgestellten übrigen deutschen Kandidaten ihren serbischen Gegenkandidaten unterlegen sein sollen.

Ganz unerklärlich ist dabei, daß die serbischen Gegenkandidaten der Deutschen in Bezirken mit großer deutscher Bevölkerungsmehrheit das Doppelte und Dreifache der deutschen Stimmen erhalten haben sollen. So wird die deutsche Minderheit Jugoslawiens im neuen Parlament nur durch einen Abgeordneten vertreten sein, während sie früher, als sie noch als selbständige Partei auftreten konnte, acht Abgeordnete durchbrachte.

Poncet nach Paris berufen.

Konferenz mit Laval und Außenminister Briand.

— Paris, 10. November.

Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, ist zu einem kurzen Aufenthalt in Paris eingetroffen. Sogleich nach seiner Ankunft begab sich der Botschafter zum Ministerpräsidenten Laval, mit dem er längere Zeit verhandelte. Später hatte Francois-Poncet auch eine Aussprache mit dem Minister des Auswärtigen, Briand.

Wie der „Matin“ hervorhebt, ist die Reise des Botschafters nicht dadurch veranlaßt worden, daß über neue deutsche Vorschläge diskutiert werde. Botschafter Francois-Poncet sei von Laval nach Paris berufen worden, weil der französische Ministerpräsident sich über die Unterredung unterrichten wollte, die Francois-Poncet in Berlin hatte, und weil er ihn über seine Verhandlungen mit Botschafter von Hoelsch orientieren wollte. Botschafter Francois-Poncet habe vom Ministerpräsidenten Laval alle etwa notwendigen Direktiven erhalten und werde in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren.

Unruhen in Tientsin.

Hessiges Feuergefecht zwischen Japanern und Chinesen. — Autonomiebestrebungen in der Mandschurei.

— Peking, 10. November.

Die telephonischen und Eisenbahnverbindungen Pekings mit Tientsin sind unterbrochen. Nach chinesischer Quelle hat dort ein heftiger Kampf zwischen Aufständischen und Polizei stattgefunden. Wie verlautet, haben die chinesischen Truppen die Verwaltung der Stadt übernommen. Die chinesischen Behörden behaupten, daß bei den getöteten Aufständischen Pistolen japanischen Ursprungs gefunden worden seien. Man meldet vier Tote und zehn Verwundete.

Während der Unruhen hat der japanische Befehlshaber die chinesischen Truppen und die chinesische bewaffnete Polizei aufgefordert, sich in einer Entfernung von 300 Metern von der Grenze der japanischen Konzeption zurückzuziehen. Da die Chinesen dieser Aufforderung nicht Folge leisteten, begannen die Japaner, die chinesische Stadt und die Kasernen zu beschießen.

Nach einer weiteren Meldung hat der japanische Befehlshaber in Tientsin umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Kämpfe in der Stadt dauern an.

Wie Blättermeldungen aus Mukden besagen, soll der aus acht Personen bestehende chinesische Ausschuß für öffentliche Sicherheit, der dort am 18. September die Gemeindeverwaltung übernommen hat, eine Proklamation veröffentlicht haben, in der die Beziehungen mit dem Gouverneur

Wandererfürsorge in Deutschland.

Die drei Deutschen Wandererfürsorgeverbände hielten unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors von Meyeren-Berlin ihre Hauptversammlung in Dresden ab. Pastor Dr. Wenzel-Berlin-Lichterfelde brachte in seinem Vortrage „Der Dienst der Herbergen in der steigenden Not der Gegenwart“ zunächst statistisches Material und sprach dann von dem Wandererelend in den letzten Jahren. Die steigende Not der Zeit verlange saubere, freundliche Herbergen, sie verlange noch mehr Herbergen als bisher. Pastor Braune-Lobetal forderte den neuen Wanderschein als Pflichtausweis für alle Wanderer, nicht als polizeilichen Paß, sondern als Fürsorgeakte.

Am zweiten Tage behandelte Pastor Spelmeyer-Münster die Frage: „Ist die Kritik am Wanderarbeitsstättenystem berechtigt?“ und betonte dabei, daß der Blick offen sein müsse für die Erfordernisse der gegenwärtigen Lage. Das Wesen des Wanderarbeitsstättenystems liegt nach dem Bodenschwingischen Gedanken darin, daß statt Almosen Arbeit gegeben würde. Nötig sei leibliche und seelische Pflege. Als Ziel nannte er die Bewahrung und Förderung des arbeitswilligen Wanderers. Er machte dann Vorschläge grundsätzlicher Art, so die Ueberarbeitung der bestehenden Wanderordnung und Ausbau der Arbeitsmöglichkeiten. Erwartet würde eine befriedigende Lösung durch ein Reichsgesetz. Pastor Stratenwerth-Bethel sprach über den freiwilligen Arbeitsdienst und ordnete ihn ein in die großen Zusammenhänge. Die Dauer des Arbeitsdienstes müsse von 20 Wochen auf ein Jahr verlängert werden; es handle sich beim Arbeitsdienst um eine Aufgabe, die unmittelbar in die Neugestaltung des Volkes hineingreife.

Kleinsiedlungs-Richtlinien

Aussprache im Siedlungsausschuß. — Vorerst sollen 20 000 Erwerbslose untergebracht werden.

— Berlin, 10. November.

Der Siedlungsausschuß des Reichstags verhandelte vertraulich über die Richtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung und die Kleinsiedlung. Reichskommissar Dr. Saaken skizzierte die Grundzüge dieser Richtlinien — die dem Ausschuß schriftlich noch nicht vorlagen — und erklärte dann noch, man dürfe die Erwartungen nicht zu hoch spannen. Vorerst sollten etwa 20 000 Erwerbslose im Wege der vorläufigen Kleinsiedlung untergebracht werden.

In der Aussprache beschwerten sich Redner verschiedener Fraktionen darüber, daß hier ein Siedlungsprogramm zur Leber gestellt werde, von dem man kaum die Grundzüge ausreißend kenne. Nach dem Bericht über die Sitzung wurden in der Aussprache ferner die Maßnahmen der Regierung im allgemeinen begrüßt, ohne daß man sich einen

Aufenthalt bei bester Verpflegung
und mäßigen Preisen. Nebenhaus
auch im Winter geöffnet (Dauergäste
und Erholungsbedürftige). Keine
Kurtaxe.